

AUSSENPOLITIK

Schulterschluss mit Frankreich

Angesichts des drohenden Irak-Krieges wollen Deutschland und Frankreich in der Außen- und Verteidigungspolitik noch enger zusammenarbeiten. In ihrer „Gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags“ kündigen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Staatspräsident Jacques Chirac an, „in internationalen Gremien, einschließlich des Sicherheitsrats, gemeinsame Standpunkte zu vertreten und abgestimmte Strategien gegenüber Drittländern festzulegen“. Es gehe darum, „der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine neue Qualität zu verleihen“, heißt es in dem Entwurf der Erklärung, die am 22. Januar in Paris vorgestellt werden soll. In dem Papier sprechen Schröder und Chirac sich dafür aus, die EU zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion auszubauen, die einen eigenen „Mechanismus der Solidarität und kollektiver Sicherheit“ schafft und über eigene Kommandokapazitäten verfügt. Mit ihrer Erklärung wollen Deutschland und Frankreich den anderen EU-Staaten zudem „eine gemeinsame Vision des Europas von morgen vorschlagen“. So plädieren Schröder und Chirac für eine EU-Staatsanwaltschaft, ein EU-Strafregister und eine EU-Grenzpolizei, „die erlauben wird, effizient gegen die heimliche Einwanderung vorzugehen“. Außerdem wollen sie ein „Europäisches Zentrum für Internationale Wirtschaft“ schaffen, das Analysen und Vorschläge für eine koordinierte Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik erarbeitet



Schröder, Chirac (im Juli 2002 in Schwerin)

und später allen EU-Ländern offen steht. Um die Achse Paris-Berlin zu stärken, soll es künftig jeweils einen speziellen „Beauftragten (Generalsekretär) für die deutsch-französische Zusammenarbeit“ geben. Darüber hinaus sollen die Minister beider Regierungen wechselseitig an den Kabinettsitzungen des anderen Landes teilnehmen und „gemeinsame deutsch-französische Gesetzentwürfe“ vorlegen, insbesondere im Staatsbürgerschafts- und Familienrecht. Auch Berufs- und Bildungsabschlüsse sollen „schnellstmöglich“ vollständig anerkannt werden.



Kwaśniewski, Robertson

NATO

Pole an die Spitze?

In der Nato hat eine Diskussion um die Nachfolge des Generalsekretärs George Robertson begonnen. Die Allianz hatte den Lord 1999 an die Spitze berufen, nachdem der damalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) abgewinkt hatte.

Robertsons Amtszeit endet im Herbst, kann aber um ein Jahr verlängert werden. Der Schotte will bis Anfang Februar entscheiden, ob er dazu bereit ist. Den USA käme das entgegen: Als ihr Wunschkandidat für die Nachfolge gilt Polens Präsident Aleksander Kwaśniewski, dem auch in Warschau Ambitionen auf den Prestige-Posten nachgesagt werden. Er kann 2005 nicht noch einmal für das Präsidentenamt kandidieren. Polen hat kürzlich 48 US-Kampfflugzeuge des Typs F-16 für rund 3,5 Milliarden Dollar bestellt und europäische Opferanten verworfen. Ex-Kommunist Kwaśniewski unterstützt zudem den Irak-Kurs von US-Präsident George Bush, dem er Truppen für einen Feldzug gegen Saddam Hussein angeboten hat. Der im Juli 2002 entlassene Scharping wurde zwar im Spätherbst in der Allianz-Zentrale gesichtet, was Diplomaten dort als Indiz für Interesse an dem Spitzenjob deuten. Scharping gilt im Bündnis aber als nicht mehr vermittelbar.

FDP

Möllemann-Gegner wanken

Die Anti-Möllemann-Front in der FDP-Bundestagsfraktion bröckelt. Nachdem sich im Dezember noch mehr als zwei Drittel aller Mitglieder dafür ausgesprochen hatten, den einstigen Spitzenliberalen aus der Fraktion zu werfen, zweifeln FDP-Chef Guido Westerwelle und der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt inzwischen offenbar daran, die notwendige Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Sollte Möllemann bei der für diesen Dienstag geplanten Anhörung im Berliner Reichstag erscheinen, könne es ihm durchaus gelingen, so heißt es, eine Reihe von Abgeordneten gnädig zu stimmen. Möllemann selbst, gegen den unter anderem wegen diverser Verstöße gegen das Parteiengesetz ermittelt wird, ist optimistisch, den Rauswurf abwenden zu können. Dieser, so argumentiert Möllemann, komme einer Vorverurteilung gleich. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies dem Rechtsstaatsverständnis vieler Liberaler entspricht.“ Auch in einem Nebenamt drängt es Möllemann zurück auf die Bühne: Am Freitag will er sich erneut zum Präsidenten der Deutsch-Arabischen Gesellschaft wählen lassen.



Möllemann